

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Helge Schlieben

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 23.08.2018

AN/1136/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	04.09.2018
Jugendhilfeausschuss	13.09.2018

Für jede Kölner Schule einen Sozialarbeiter / eine Sozialarbeiterin

Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 04.09.2018 aufzunehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, bis zu einer endgültigen Regelung durch die Landesregierung an jeder Kölner Schule einen Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin einzusetzen und übergangsweise die Finanzierung der fehlenden Stellen durch kommunale Mittel sicher zu stellen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die aktuelle Struktur für die Fachberatung und kommunale Begleitung der Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen auf der Basis der „Konzeption der kommunalen Schulsozialarbeit in Köln“ adäquat auszubauen und weiterzuentwickeln.

Begründung:

Die Schulsozialarbeit ist an den Kölner Schulen nicht mehr wegzudenken. Die an den Schulen tätigen Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen ergänzen seit vielen Jahren die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer und stehen den Kindern und ihren Familien mit Rat und Tat zu Seite.

Die Schulsozialarbeit ist vor allem ein Instrument, das Chancengleichheit sichert, denn sie setzt immer dort an, wo Schülerinnen und Schüler nicht eigenständig oder mit der Hilfe ihrer Familie durch den Schulalltag kommen und Unterstützung benötigen. Mit den gewachsenen

Herausforderungen, denen Schülerinnen und Schüler heute in der Schule begegnen und auch auf Grund der viel heterogeneren Lebensverhältnisse und Familiensituationen, in denen Sie leben, ist es heute für viele Kinder oftmals essentiell in den entscheidenden Momenten Beistand durch einen Schulsozialarbeiter zu bekommen. Hürden können so abgebaut werden, um eine weitere erfolgreiche Schullaufbahn zu ermöglichen.

Derzeit existiert eine sehr uneinheitliche Finanzierung der Schulsozialarbeit teils durch kommunale Mittel, teils durch Landesmittel und teils durch Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Die SPD-Fraktion im Landtag hat daher kürzlich einen Antrag gestellt, die Finanzierung der Schulsozialarbeit in den Kommunen endlich mit klaren Verantwortlichkeiten zu regeln und die Schulsozialarbeit gesetzlich zu verankern. Zudem sollen Qualitätsstandards, Fachaufsicht und Betreuungsschlüsse geregelt, sowie für die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter gesicherte Arbeitsverhältnisse und Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs geschaffen werden.

In Köln verfügen derzeit noch einige Schulen nicht über einen Schulsozialarbeiter bzw. eine Schulsozialarbeiterin. Hierzu gehören sowohl eine größere Anzahl Grundschulen, als auch einige Gymnasien sowie wenige Realschulen, Förderschulen und Berufskollegs. Bis eine klare Regelung auf Seiten des Landes getroffen wird, ist der Bedarf in Köln trotzdem bereits jetzt vorhanden und wird von den betroffenen Schulen dringend erbeten. Um in Köln flächendeckend das wichtige Instrument der Schulsozialarbeit allen Schülerinnen und Schülern sowie ihren Familien zukommen zu lassen, beauftragt der Rat die Stadtverwaltung im Vorgriff auf die Landesregelung die zusätzlichen Stellen zu schaffen und vorzufinanzieren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher der Ratsgruppe BUNT